

Positionspapier

Georg Pazderski



Regierungswilligkeit demonstrieren, Regierungsfähigkeit sicherstellen.

Die AfD auf dem Weg zu direkter politischer
Verantwortung für Deutschland

**Ein Positionspapier von Georg Pazderski MdA,
stellvertretender Bundesvorsitzender der Alternative für
Deutschland, Landesvorsitzender der AfD Berlin und
Vorsitzender der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus zu Berlin**

Einleitung: Die Zeiten ändern sich. Deshalb müssen wir alle umdenken

Als ich Anfang 2018 mein Papier „*Politik aktiv gestalten. Ein Plädoyer für die Übernahme politischer Verantwortung*“ vorgelegt habe, stand ich damit in der AfD, aber auch in der Öffentlichkeit noch weitgehend alleine. Die AfD-Ergebnisse bei bundesweiten Meinungsumfragen betrug damals 12 - 13 %, lagen also beim Ergebnis der Bundestagswahlen vom 24. September 2017. Auch bei den anderen Parteien gab es noch wenig Bewegung. Die politische Landschaft schien trotz viel oberflächlichem Getöse wie erstarrt.

Seitdem hat sich das Stimmungsbild deutlich verändert, wobei es mit Blick auf die damals von mir angesprochene Thematik, die Übernahme politischer Verantwortung durch die AfD durchaus widersprüchliche Tendenzen gibt. Einerseits hat sich das Kesseltreiben durch die Altparteien und Medien sowie regierungsfreundlicher gesellschaftlicher Gruppen und Protagonisten auf die AfD verstärkt, andererseits sprechen die Fakten, d.h. die Umfrageergebnisse stärker denn je für die Übernahme von Verantwortung durch die AfD. Das Echo auf dieses Thema ist bei den Altparteien keineswegs so einhellig negativ wie bestimmte Medien und Politiker dem Publikum glauben machen wollen. Nicht zuletzt hat es auch innerhalb der AfD einige Bewegung gegeben. Die Vorstellung einer Regierungsbeteiligung der AfD ist heute in den eigenen Reihen weitestgehend akzeptiert.

Unter den veränderten Bedingungen ist deshalb jetzt der Zeitpunkt gekommen, noch einmal unter dem gleichen Aspekt wie zu Jahresbeginn, der Übernahme von Verantwortung, die Perspektiven der AfD zu analysieren. Stärker als noch zum Jahresanfang 2018 erkennbar, ist es erforderlich umzudenken und das Thema weniger vorurteilsbeladen anzugehen. Denn auf Dauer kann in einer Demokratie, in der die Macht ein Ergebnis freier Wahlen ist, eine Partei, die fast ein Fünftel der Bevölkerung vertritt, nicht auf Dauer ohne Schaden für das Gemeinwohl im politischen Abseits stehen.

Die AfD, das haben die letzten Jahre gezeigt, bewegt deutsche Politik allein durch ihre Existenz, ihr Programm und ihre Themensetzung. Ganz ohne Minister- oder Senatorenposten ist es bereits heute gelungen, die politische Agenda in Bund und Ländern zusehends von links zurück in die Mitte der Gesellschaft zu verschieben. Jetzt ist der Zeitpunkt erreicht, dass die AfD ihre politischen Konkurrenten zum Umdenken bewegt und so erste greifbare Verbesserungen für die Bürger erzwingt. Es geht vor allem darum, dass Deutschland wieder auf den richtigen, einen zukunftsfähigen Kurs gebracht wird. Globalisierung, Umverteilung, Gleichmacherei, Multi-Kulti, Sprachkontrolle und Internationalisierung von Verantwortung sind überkommene Trends von gestern. Die Zukunft gehört einer

Politik, die wieder die Interessen unseres Landes und der arbeitenden Mehrheit seiner Bürger in den Mittelpunkt rückt. Wer seine Politik dieser Leitlinie unterordnet, dem wird der Erfolg bei den Wählern nicht versagt bleiben.

In diesem Sinne soll das vorliegende Positionspapier so wie sein Vorgänger vom Jahresanfang 2018 ein Schrittmacher auf dem Weg zu einer neuen Binnen- und Außensicht der AfD sein, die sich zwangsläufig aus der fortlaufenden Verfestigung des Sechs-Parteien-Systems in unserem Land ergibt. Die veränderten politischen Verhältnisse werfen Fragen auf, denen sich die AfD wie auch alle anderen Parteien jenseits der bisher gültigen Denkschemata stellen müssen, wenn Deutschland wieder zukunftsfähig gemacht werden soll. Es ist Zeit für alle endlich umzudenken. Manche Parteien werden sich vermutlich sogar ganz neu erfinden müssen, wenn sie mittel- und langfristig nicht vollends bedeutungslos werden wollen.

Die Bürger wollen eine neue Politik und neue politische Akteure

Die Bürger wollen eine neue Politik für unser Land. Das zeigen die Erfolge der AfD. Immer mehr Wähler laufen den bisherigen Volksparteien CDU, CSU und SPD in Scharen davon. Die nur noch dem Namen nach Große Koalition ist so unbeliebt wie noch nie. Ganze 14 % der Bürger waren nach einer Umfrage des Civey-Instituts von Ende September 2018 mit der Bundesregierung zufrieden, 76 % waren unzufrieden.¹ Kaum eine der bislang in Deutschland auf Bundesebene gängigen Regierungsalternativen zur Großen Koalition ist derzeit mehrheitsfähig, weder Schwarz-Gelb noch Rot-Grün, die Ampel oder Rot-Rot-Grün. Lediglich Jamaika, Schwarz-Grün-Gelb, wäre zum jetzigen Zeitpunkt mehrheitsfähig. Aber wie glaubwürdig wäre diese Option nach der gescheiterten Regierungsbildung im Herbst 2018? Inzwischen sind die Grünen deutlich in der Wählergunst gestiegen, während die Union, allen voran die CSU dramatisch eingebrochen ist, und die FDP ihre Rolle nicht findet, weil sie mal mit den Grünen liebäugelt, mal AfD- Positionen kopiert.

Die Ratlosigkeit unter den Etablierten ist groß und wird immer größer. Denn die Wähler wollen nicht nur eine neue Politik. Sie wollen auch andere politische Akteure. Das zeigen die Bewertungen der Mitglieder der Bundesregierung, die praktisch allesamt negativ sind. Doch statt auf die veränderten Präferenzen zu reagieren und umzudenken, geht bei den Altparteien und den linksliberalen Meinungsbildnern das Gespenst der „Regierungsunfähigkeit“ um. Die einzige aus ihrer Sicht besorgniserregende Konstante lautet: egal, wer in Deutschland regiert, die AfD wird als Oppositionspartei auf jeden Fall vom Wählerverdruss profitieren. Denn keines der gängigen Regierungsmodelle verheißt große Politik und große Visionen. Überall wird das Klein-Klein im Vordergrund stehen. Überall werden Misstrauen und Neid gegenüber den Koalitionspartnern das Klima vergiften. Und dass nicht einmal die Angst vor einer drohenden krachenden Wahlniederlage Parteien in der Regierung zusammenschmiedet, zeigt Tag für Tag die amtierende Koalition.

¹ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-csu-faellt-auf-27-prozent-spd-und-afd-gleichauf-spon-umfrage-a-1230962.html>

Jetzt ist die AfD gefordert

Die Altparteien haben gründlich abgewirtschaftet. Sie schaden mit ihrer Politik unserem Land und seinen Menschen. Ob es um die Zukunft der Rente und der Pflegeversicherung geht, den maroden Zustand unserer Infrastruktur, die schlechte Qualität des Bildungssystems, die Kosten der verkorksten Energiewende, der Mangel an bezahlbaren Wohnungen in den Städten, die gewaltige demografische Herausforderung, die ungelösten Integrationsprobleme vor allem bei muslimischen Zuwanderern, die Einwanderung in die Sozialsysteme, der Fachkräftemangel bei gleichzeitigem Verramschen der universitären Bildung, die hohe Steuer- und Abgabenlast auf der arbeitenden Bevölkerung, die Verabsolutierung der Klimapolitik oder die anderen Ländern hinterherstolpernde Digitalisierung: überall hapert es gewaltig. Nichts geht wirklich voran. Seit der Ära Schröder wird Deutschland nur noch verwaltet, die Zukunft nicht mehr gestaltet, egal ob CDU, CSU, SPD oder FDP regieren. In vielen Bundesländern, wo auch Grüne und Linkspartei mitmischen, sieht es keinen Deut besser aus. Im Gegenteil: fast alle Pfeile zeigen - anders als im AfD-Logo - nach unten. Ungeachtet all der schönen amtlichen Statistiken über mehr Jobs, mehr Exporte und mehr Wachstum breitet sich bei mehr und mehr Bürgern Endzeitstimmung aus.

Gleichwohl wäre die AfD schlecht beraten, sich als eine Art von lachendem Dritten oder Vierten an der Orientierungslosigkeit der Altparteien zu ergötzen und es sich auf den Zuschauerrängen bequem zu machen. Dazu ist die Lage unseres Landes viel zu ernst. Dazu sind die nationalen und internationalen Herausforderungen und die Erwartungen der Wähler an die deutsche Politik zu groß. Die AfD muss früher oder später „ran“- um es auf den Punkt zu bringen. Aber ist diese Haltung angesichts der negativen Urteile der Altparteien und großer Teile der Medien über die AfD realistisch?

Auch für die AfD gilt der alte Satz der Bonner Republik: ‚große Herausforderungen und Erwartungen suchen sich die erforderlichen Mehrheiten‘. Was immer die Auguren heute noch sagen, wie sehr auch immer Vertreter der Altparteien die AfD dämonisieren und vor ihr warnen mögen: am Ende entscheiden die Zahlen, die Mathematik, ob eine Partei regierungsfähig ist und sein muss. Das war bei den Grünen so. Das war bei der PDS und der Linkspartei so. Das wird auch bei der AfD so sein. Wenn die eine oder andere der Altparteien im Bund oder in den Ländern vor der Wahl steht, möglicherweise Jahrzehnte in der Opposition zubringen zu müssen bzw. sich in undankbaren und unübersichtlichen Koalitionen bis zur Unkenntlichkeit aufzureiben oder alternativ die Regierung mit denen zu bilden, die sie eben noch heftig attackiert und abgelehnt haben, dann entscheidet sie sich irgendwann für das Regieren und gegen die die Oppositionsrolle. Der ehemalige hessische Ministerpräsident Holger Börner, der anfangs noch die Grünen mit der Dachlatte verprügeln wollte, hat gezeigt, wie man es macht, wenn es um Realpolitik geht.

Ich sage voraus: Die AfD wird schneller mit der konkreten Frage nach der Übernahme von Regierungsverantwortung konfrontiert werden als das ihre hartnäckigsten Gegner, aber auch manche ihrer Anhänger und Repräsentanten erwarten. Dabei ist davon auszugehen, dass viele derjenigen, die einer Regierungsbeteiligung der AfD noch kritisch gegenüberstehen, in absehbarer Zeit in

ihren eigenen Parteien und deren Gliederungen nicht mehr entscheidend sein werden. Es bedarf frischer Köpfe ohne Denkblockaden, um ganz neue Formen der Zusammenarbeit auszuprobieren. Diese frischen Köpfe mit dem Mut zum Risiko werden sich finden, wenn die Demontage von CDU, CSU und SPD weitergeht und unter den Altparteien einzig die immer opportunistischer und angepasster auftretenden Grünen vom Niedergang des alten Parteiensystems profitieren.

Deshalb ist jetzt die AfD gefordert. Sie muss sich bewegen. Sie muss ihre *Regierungsfähigkeit* möglichst bald herstellen und ihre *Regierungswilligkeit* deutlich machen. Das ist die große strategische Aufgabe für die kommenden Jahre im Bund und in den Ländern. Das ist auch der beste Weg, es den Altparteien nicht länger einfach zu machen. Bisher konnten diese immer darauf verweisen, dass die AfD angeblich doch gar nicht regieren will und damit für die Regierungsbildung ausfällt. Künftig werden die Altparteien dagegen erklären müssen, warum sie nicht mit der AfD zusammenarbeiten wollen, obwohl die AfD dazu bereit wäre. Die AfD kommt so aus einer teilweise selbstverschuldeten Defensive heraus und kann andere wieder herausfordern.

Die AfD in Berlin geht voran

Kein anderer Landesverband der AfD hat die Zeichen der Zeit so früh erkannt wie die Berliner AfD. Die Grundlage dafür ist die paradoxe politische Konstellation in der Berliner Landespolitik. Berlin wird seit Ende 2016 von einer unbeliebten Koalition aus SPD, Linkspartei und Grünen und einem noch unbeliebteren Regierenden Bürgermeister regiert. Aber die geringe Popularität der Landesregierung spiegelt sich nicht in den Umfragezahlen für die Wahl der politischen Parteien. Dort hat trotz mangelnder Popularität und schlechter Regierungsarbeit des Senats Rot-Rot-Grün nach wie vor eine strukturelle Mehrheit. Ein Grund dafür ist, dass der Oppositionsführer CDU nicht in der Lage ist, den Wählern eine glaubwürdige Alternative zu präsentieren, die Chancen auf einen Machtwechsel hätte. Stattdessen buhlt die CDU darum, die in Berlin besonders linken Grünen irgendwie aus der jetzigen Koalition zu lösen. Bei der FDP ist - jenseits der engen Anbindung an die CDU - überhaupt keine Strategie erkennbar. Das überzeugt keinen Wähler davon, dass eine bürgerliche Mehrheit möglich ist. So wählt man dann grummelnd den jetzigen Senat oder bleibt am Wahltag zu Hause. Vorbei sind die Tage, wo die CDU in Berlin noch auf Sieg setzte. Und schon bald wird auch die SPD in der Hauptstadt nur noch ein Juniorpartner von Linken und Grünen sein.

Eine bürgerliche Mehrheit in Berlin gegen Rot-Rot-Grün: das geht nur mit der AfD. Deshalb hat die AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin bereits im März 2017 ihren „Berliner Kurs“ festgelegt. Sie hat auf Basis konkreter politischer Absprachen bei zentralen Themen sowohl ihre Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung in Berlin grundsätzlich in Aussicht gestellt als auch die Möglichkeit der Unterstützung einer inhaltlich klar positionierten bürgerlichen Minderheitsregierung offengelassen. Über alles andere kann verhandelt werden. Wichtig ist, dass die richtigen politischen Akzente für die Zukunft Berlins gesetzt werden und Rot-Rot-Grün, das Berlins Zukunftsfähigkeit verspielt, spätestens 2021 abgewählt werden.

Natürlich darf und wird es im Falle der AfD keine Übernahme von Verantwortung geben, bei der nicht vorher verbindlich festgelegt worden ist, welche Anliegen der AfD und ihrer Wählerschaft prioritär in Angriff genommen werden. Bei klarer politischer Führung wird es weder eine „feindliche Übernahme“ der AfD geben noch deren „Entschärfung“, „Zähmung“ oder „Vorführung“ im Sinne der Altparteien. Eine AfD zum Nulltarif oder für ein paar Pöstchen - das wird es nicht geben. Auf jeden Fall bedarf die Bildung einer Koalitionsregierung eines eindeutigen Votums der Mitglieder des Landesverbandes. Aber all das ist machbar.

Dabei kommen nach Lage der Dinge im Bund wie wohl auch in den meisten Ländern bis auf weiteres nur CDU, CSU und FDP als Partner der AfD infrage. Die SPD wäre nur dann als Regierungspartner denkbar, wenn sie sich endlich wieder darauf besinnt, sich für die Interessen der Kleinen Leute in unserem Land einzusetzen, statt wie bisher blind den Themen und Trends des linksliberalen Milieus von der verabsolutierten Klimapolitik über den Genderismus und immer noch mehr Europa bis zur Grenzöffnung für Wirtschaftsflüchtlinge hinterherzulaufen. Das wird aber voraussichtlich in absehbarer Zukunft von einer immer weiter nach links bis zur Unkenntlichkeit rutschenden SPD nicht geschehen - sofern die SPD überhaupt noch eine Zukunft hat.

Viele AfD-Wähler sind schon weiter als manche Mitglieder

Schon seit geraumer Zeit wird die Frage nach einer Regierungsbeteiligung der AfD unter den Wählern der Partei Umfragen zufolge mehrheitlich positiv beantwortet. Die Wähler der AfD wollen, dass die AfD nicht nur auf das hinweist, was in Deutschland falsch läuft. Sie wollen auch, dass die AfD dabei mitwirkt, die Missstände zu beheben. Im sechsten Jahr nach der Gründung der Partei ist die hohe und immer noch wachsende Zustimmung zur AfD weit mehr als ein bloßes Zeichen des Protests gegen den Status quo. Mehr und mehr AfD-Wähler wollen, dass sich tatsächlich etwas ändert. Sie wollen diese Veränderungen nicht in ferner Zukunft, wenn es möglicherweise schon zu spät und der Regierungskarren endgültig vor die Wand gefahren ist, sondern im Hier und Heute.

Während sich die AfD-Wähler mit deutlicher Mehrheit bereits seit geraumer Zeit klar positioniert haben, bestand und besteht nach wie vor bei einem Teil der AfD-Mitglieder und Repräsentanten die Auffassung, dass es bis auf weiteres vorrangige Aufgabe der AfD sei, lediglich Missstände aufzuzeigen, der Enttäuschung in Teilen der Bevölkerung eine Stimme zu geben und den Altparteien die rote Karte zu zeigen. Eigene Verantwortung möchte man dagegen (noch) nicht übernehmen.

Allerdings wird selbst von den meisten dieser Machtskeptiker eine Übernahme von Regierungsverantwortung durch die AfD in der Zukunft nicht rundweg abgelehnt. Gefordert wird, dass die AfD nur aus einer Position der Stärke heraus mit anderen verhandeln kann. Dabei werden willkürliche AfD-Wahlergebnisse von 30 % bis 51 % als Voraussetzung genannt und gefordert, man dürfe nur als „Seniorpartner“ in Koalitionen eintreten.

Lässt man einmal die bis auf weiteres noch sehr ferne und nach heutiger politischer Lage realitätsfremde Option einer absoluten Mehrheit der AfD außer Acht, stellt sich einem Realisten folgende Frage: Warum sollte die AfD als „Senior“ leichter einen Partner finden denn als „Junior“? Warum sollte es z.B. der Union leichter fallen, mit einer AfD zu koalieren, die stärker als CDU und CSU ist, als mit einer AfD, die schwächer ist? Wäre es für CDU und CSU als Einstieg in ein neues Bündnis nicht einfacher, sich auf eine Zusammenarbeit mit der AfD einzulassen, wenn sie das subjektive Gefühl hat, die Lage noch „kontrollieren“ zu können und nicht nur Beigabe zu einer AfD-geführten Regierung zu sein? Wäre zudem Deutschland damit gedient, wenn die AfD bis zum Tage X damit wartet, Verantwortung zu übernehmen, dann aber kopfüber ins kalte Wasser springen muss?

Bei realistischer Betrachtung ist es wahrscheinlich, dass die AfD mit ihrer gegenwärtigen Zahl von über 33.000 Mitgliedern bundesweit sowie ihrer nicht über Jahrzehnte gewachsenen Verankerung in der Bürgergesellschaft und im Öffentlichen Dienst zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht überall in Deutschland in der Lage sein wird, eine Regierung zu führen. Regierungswilligkeit und Regierungsfähigkeit sind eben nicht dasselbe.

Es wird für die AfD in den kommenden Jahren zunächst einmal vor allem darum gehen, erste Regierungserfahrung zu sammeln, Sachkompetenz und Führungspersonal aufzubauen, ihre gesellschaftliche Basis im Sinne eines „Marsches durch die Institutionen“ zu verbreitern und mit all dem das notwendige Maß an Vertrauen zu schaffen, ohne das die Übernahme von Führungsverantwortung in einer Regierung schwerlich gelingen kann. Das wird seine Zeit brauchen. Erfahrungen fallen nicht vom Himmel, sondern müssen hart erarbeitet werden, auch gutes Personal braucht eine Anlaufphase.² Dabei kann helfen, dass viele Mandatsträger und Mitglieder der AfD vor ihrem Engagement für die AfD Politik nicht als Lebensaufgabe von der Wiege bis zur Bahre gesehen haben, sondern außerhalb der Politik einem ordentlichen Brotberuf nachgegangen sind und Erfahrungen gesammelt haben.

Deshalb bedarf die AfD jenseits der kurzfristigen Erfordernisse für die Wahlkämpfe einer klaren, mittelfristig angelegten Strategie für die kommenden Jahre, die die hier vertretenen Positionen zur Grundlage hat.

Wäre eine Zusammenarbeit mit der Union und der FDP inhaltlich überhaupt möglich?

Bevor irgendwo in Deutschland Koalitionsverhandlungen unter Einbeziehung der AfD stattfinden können, muss zunächst die Frage beantwortet werden, ob es überhaupt ausreichend Gemeinsamkeiten zwischen den bürgerlichen Parteien AfD, CDU/CSU und FDP gibt, die eine konstruktive Zusammenarbeit zulassen. Wie eine

² Es sei daran erinnert, dass die österreichische FPÖ und die italienische Lega Nord schon seit Jahren auf den Aufbau von Regierungskompetenz auf Landesebene, in den Regionen und Kommunen hinarbeiten. So war die FPÖ von 2000 bis 2003 an der österreichischen Bundesregierung beteiligt, die Lega Nord an den vier Regierungen Berlusconi zwischen 1994 und 2011, beide als „Juniorpartner“. Beide haben ihr Lehrgeld gezahlt, sind aber heute stärker denn je.

Analyse der Bundestagswahlprogramme durch das Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung vom September 2017 zeigt, beläuft sich das Konfliktpotential der bürgerlichen Parteien auf Bundesebene, vergleicht man die Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017, derzeit auf 27%. Das bedeutet: In drei von vier Fragen stimmen die Positionen der genannten Parteien mehr oder weniger überein. Dies entspricht dem gleichen Wert wie für Rot-Rot-Grün und liegt über dem Wert, den der Programmvergleich z.B. für Schwarz-Grün-Gelb gebracht hat.³ Gleiches würde mit Sicherheit auch ein Vergleich der Wahlprogramme zu den Landtagswahlen zeigen.

Auch der parlamentarische Alltag zeigt, wieviel Möglichkeiten der Zusammenarbeit es zwischen den bürgerlichen Parteien gäbe, wenn CDU, CSU und FDP nicht bereitwillig den Forderungen der linken Parteien gehorchen würden, die AfD unter Quarantäne zu stellen, ganz egal, was sie sagt oder fordert. Ob es in Berlin z.B. um den Wohnungsbau, die Verkehrsprobleme oder das Thema Bildung geht: überall gäbe es genügend Gemeinsamkeiten, um vernünftige Absprachen zugunsten der Bürger Berlins zu treffen. Die Unterschiede zwischen den bürgerlichen Parteien sind nicht zu leugnen, aber sie rechtfertigen nicht die „Abgrenzeritis“ der Unionsparteien und der FDP gegenüber der AfD.

Herausforderungen bestehen natürlich auch im Atmosphärischen und bei Personalfragen. Aber wenn eine Zusammenarbeit bei Sachthemen möglich ist, dann sollte eine gemeinsame Übernahme von Regierungsverantwortung nicht an persönlichen Befindlichkeiten scheitern. Natürlich bedarf es einiger Courage, einen Irrweg zu erkennen und umzukehren, auch wenn das beim linksliberalen Milieu oder bei Rot-Grün heftige Reaktionen auslösen wird. Dazu bedarf es starker Führung. Aber wer ein hohes politisches Amt übernimmt, der muss auch führen können.

Es ist sehr einfach, immer nur das Trennende zwischen den bürgerlichen Parteien herauszustellen. Aber in Zukunft wird es verstärkt darum gehen, auch Gemeinsamkeiten zu eruieren und verbale Abrüstung zu betreiben. Rot-Rot-Grün hat es vorgemacht. Die Parlamentsarbeit bietet dazu ein gutes Forum. Allerdings kommt man auf dem Weg Gemeinsamkeiten auszuloten nicht voran, wenn man sich bei CDU, CSU und FDP nur darin gefällt, alle Anträge und Äußerungen der Mitglieder der AfD-Fraktionen immer nur schlecht zu reden und gemeinsame Initiativen kategorisch abzulehnen. Mit dieser destruktiven Herangehensweise betreibt man das Geschäft von SPD, Grünen und Linkspartei und schadet unserem Land.

Was die AfD jetzt tun muss

Eine strategische Kooperation zwischen politischen Parteien, die sich bisher ausschließlich als Gegner gegenüberstanden, entsteht nicht über Nacht. Sie braucht als Grundlage viel gegenseitiges Vertrauen. Dieses kann in formellen und informellen Gremien, in denen Sacharbeit mehr gefragt ist als Wahlkampfgetöse

³ Vgl. http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/papers/koalomat_analyse_bund_2017.pdf

sowie bei Treffen und Gesprächen Einzelner aufgebaut werden.⁴ Es wird eine Aufgabe aller Beteiligten, einschließlich von an der Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien interessierten Dritten sein, Orte und Gelegenheiten zu finden, wo ohne Rücksicht auf die gängigen Sprech- und Verhaltensmuster und öffentlich vorgetragene Vorurteile und Verurteilungen Gemeinsamkeiten identifiziert werden können.

Zielt man darauf ab, dass die AfD in absehbarer Zeit politische Verantwortung übernimmt, muss die AfD auf dem Weg fortfahren, Kompetenz und Expertise aufzubauen, noch mehr qualifiziertes Personal für sich zu gewinnen und sich uneingeschränkt als seriöse, gestaltende Kraft zu präsentieren, die Protest aufgreift, demokratisch kanalisiert und in eine Form bringt, die zur Lösung der Probleme beiträgt.

Das verlangt gemeinsame Anstrengungen aller Fraktionen der AfD, aber auch der thematischen Fachausschüsse der AfD im Bund und in den Ländern. Hier geht die AfD-Fraktion Berlin voran. So entstanden in diesem Jahr in enger Abstimmung mit der Partei z.T. umfangreiche Konzepte nicht nur zu den Kernthemen der AfD wie der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, sondern auch zu Themen wie Wohnen, Verkehr und Bildung, mit denen die AfD bisher in der Öffentlichkeit noch nicht verbunden wird. Weitere Konzepte werden folgen.

Die Sicherstellung von Fachkompetenz bedeutete im Übrigen, wie die Berliner AfD zeigt, keineswegs den Verzicht auf Ecken und Kanten oder auf aufrüttelnde Provokationen. Denn nach wie vor muss die AfD alte Denkmuster, in denen sich Teile des Establishments behaglich eingerichtet haben, kritisch hinterfragen, wenn unser Land wieder auf einen zukunftsfähigen Kurs einschwenken soll.

Will die AfD Verantwortung übernehmen, muss sie jenseits der bereits erreichten Wählerschichten vor allem im liberalkonservativen Bürgertum mehr Vertrauen gewinnen. Gerade die bürgerliche Mittelschicht ist dazu geeignet, die AfD in der Bürgergesellschaft und ihren Organisationen stärker zu verankern, der AfD Expertise in allen wichtigen Themenfeldern zur Verfügung zu stellen und personelle Lücken in der AfD bei der Besetzung von Positionen in Parlament, Staat und Verwaltung zu schließen.

Viele Menschen in diesem Milieu empfinden inhaltlich bereits heute Sympathien für die AfD, wählen sie aber noch nicht und treten ihr auch nicht bei. Das Image von Teilen der Partei als Protestpartei am rechten Rand lässt gerade bürgerliche Wähler noch zu oft vor einer sichtbaren oder auch nur diskreten Unterstützung zurückschrecken. Durch unkluges Verhalten und radikale Äußerungen Einzelner bringt die AfD diese Wähler dazu, entweder weiter die Merkel-Union als kleineres Übel zu wählen, die opportunistische Lindner-FDP als angebliche Alternative zur AfD zu unterstützen oder sich in Wahlenthaltung zu üben.

Nur bei eindeutiger Abgrenzung vom äußersten rechten Rand und mit einem klaren Bekenntnis zur Übernahme von politischer Verantwortung hat die AfD die Chance, neben der bereits vorhandenen Unterstützung bei den kleinen Leuten auch im

⁴ Vgl. etwa die sog. „Pizzaconnection“ zwischen CDU und Grünen oder den „Trialog“ von Bundestagsabgeordneten von SPD, Grünen und Linkspartei.

liberal-konservativen Bürgertum zur führenden Kraft zu werden, diese für sich zu gewinnen - als Mitglieder, als Wähler, als Kandidaten, als Spender und als Multiplikatoren - und sich so dauerhaft als Partei zu etablieren, die politische Verantwortung übernehmen kann.

Zusammenfassung: Nur wer wagt, gewinnt!

Auch wenn sich aktuell die Übernahme von Regierungsverantwortung auf Bundes- oder auf Landesebene noch nicht konkret abzeichnet, weisen die jüngsten Entwicklungen darauf hin, dass die AfD sehr viel eher mit der Frage nach ihrem Willen und ihrer Fähigkeit zur Übernahme politischer Verantwortung konfrontiert werden wird als manche innerhalb und außerhalb der AfD es noch vor wenigen Monaten erwartet haben.

Die Frage nach ihrer grundsätzlichen Regierungswilligkeit sollte die AfD möglichst bald und möglichst eindeutig mit einem „Ja!“ beantworten. Umso konsequenter kann sie sich dann der Herstellung ihrer Regierungsfähigkeit widmen. Das ist auch der beste Weg, um sicherzustellen, dass die Übernahme von Regierungsverantwortung durch die AfD zum Erfolg wird, und nicht im Gestrüpp einer von den Altparteien kontrollierten Verwaltung und zahllosen an den Interessen von Minderheiten orientierten Lobbys ins Stolpern gerät.

Die Zeiten, in denen sich die AfD hinter der Gier auf Regierungsbeteiligung bei den Altparteien verstecken konnte, gehen dem Ende entgegen. „Mit uns nicht!“ - das reicht nicht mehr in einer Zeit, wo alle gängigen Koalitionsmodelle in der Krise und verbraucht sind. Der sich im Bund wie in den Ländern fortlaufend verschlechternde Zustand Deutschlands, der drohende, in vielen Bereichen bereits begonnene, auch internationale Abstieg, haben das Land in einen Zustand versetzt, der kaum dramatischer sein könnte und schnelles und entschlossenes politisches Handeln erfordert.

Die Bürger spüren die Versäumnisse der herkömmlichen Politik, indem sie sich nicht mehr am überkommenen Wahlverhalten orientieren. Doch diejenigen, die in der Politik Entscheidungen treffen müssen, scheuen sich noch zu oft davor, Verantwortung neu zu denken und halten stattdessen an überkommenen Schemata fest.

Die AfD muss ihre Chance nutzen, Politik aktiv mitzugestalten. Keinesfalls dürfen wir auf eine Art von „splendid isolation“, also eine sich selbst genügende „wunderbare Isolierung“ setzen. Gleichzeitig sind die Altparteien in der Pflicht, den Bürgerprotest und die aus ihm entstandene AfD als neuen festen Bestandteil des Parteiensystems endlich zu respektieren, als gleichberechtigten politischen Partner zu akzeptieren und nicht mehr auszugrenzen. Beides - unsere Chance und die Pflicht der anderen - gilt es mit einer intelligenten Strategie zu verknüpfen, um unser Land voranzubringen.

Georg Pazderski Berlin, 09. Oktober 2018